

Bildungsproteste in Österreich

Verwerfung , Emulation und Bemächtigung globaler Netzwerke

Andreas Kirchner, Universität Wien (a0600112@unet.univie.ac.at)

Bevor ich über die Studienproteste ausgehend von Wien Ende 2009 spreche, möchte ich kurz den **Hintergrund** erläutern, vor dem die Proteste aufgetreten sind. Dabei sind drei Ebenen wichtig: Europa, Österreich und – dazu erst etwas später – die Universität Wien.

Danach beschreibe ich näher, was im Vortragstitel schon angelegt ist, nämlich ein dreifaches, ambivalentes Verhältnis der Proteste zu globalen Netzwerken.

Unter dem Titel „**Verwerfung**“ wird etwas zu sagen sein über die inhaltlichen Forderungen der Protestbewegung, die eine Verwerfung von so ziemlich allem ist, was seit dem Beginn dieses Jahrtausends im Hochschulbereich aktuell geworden ist. Danach werde ich unter „**Emulation**“ (ein Begriff aus der Informatik) die Form der Proteste und der Protestbewegung erläutern.

Unter „**Bemächtigung**“ werde ich Inhalt und Form zusammenbringen und folgender Frage nachgehen: War die Protestbewegung in Österreich eine erfolgreiche Bemächtigung globaler Netzwerke um politische Forderungen durchzusetzen? Oder liegen die Verhältnisse anders?

Zum Abschluss werde ich in die Diskussion einleiten mit Lernfeldern auf Basis der Auseinandersetzung mit den Protesten.

Kontext

International / Europäisch

Wir befinden uns in einer Gesellschaft, die einen Grad von Vernetzung eingenommen hat, der es schwer macht, alles von einer lokalen Perspektive zu überblicken. Soviel kann man zumindest bemerken und entsprechend reagieren. Auf europäischer Ebene hat man nachgedacht – auch über die Universitäten. Man erwartet von Hochschulen, am laufenden Stand der Entwicklungen zu sein und die Gesellschaft weiter zu bringen. Was man durch Bologna-Ziele und Lissabon-Strategie auf verschiedene Weise feststellt ist, dass die Universitätsstrukturen Europas angeglichen werden müssen, wenn sie weiterhin eine wichtige Funktion zur Bildung mündiger Bürgerinnen, Arbeiter und Forscherinnen einnehmen sollen.

Nicht nur weil die gesellschaftlichen Prozesse als Ganzes schwer zu überschauen sind, das ist vermutlich nichts Neues. Man tut sich schon bei der eigenen Disziplin schwer, fachlich zu beurteilen, was die Kolleginnen tun. Selbst in der Mathematik musste man eingestehen, dass nach Hilbert niemand mehr die gesamte Mathematik

überblicken konnte. Einerseits, weil täglich Dutzende an Artikeln publiziert und in Konferenzen vorgestellt werden, andererseits weil die Einarbeitung Zeit benötigen würde, die woanders fehlt.

Die Anstrengungen im Rahmen von Bologna können gesehen werden als das Etablieren eines Netzwerks im Hochschulraum. Das hat es früher auch gegeben. Ein wichtiger Unterschied ist die Definition von gemeinsamen formalen Standards wie Modularisierung, ECTS und das dreigliedrige Studiensystem. Man hängt nicht mehr völlig am „Good Will“ einzelner Personen. Es soll damit eine flexiblere Hochschulorganisation etabliert werden. Für mich ist das ein Versuch auf die aktuelle gesellschaftliche Situation zu antworten, z.B. um Mobilität zu erhöhen, indem die Anerkennung von lokal beglaubigten Abschlüssen erleichtert wird. In der Lehre bietet ein solches Netzwerk – formal gesehen – die Möglichkeit zu sagen: „OK, du hast einen Bachelor-Abschluss in Philosophie an der Universität Wien gemacht, den wir in Ungarn als gleichwertig anerkennen können, da du einen gewissen Lernaufwand von 180 ECTS in Rahmen des Studienplans absolviert hast. Der Studienplan hat Module und es wurden pro Modul Lernziele formuliert. Jetzt kannst du den Master in Philosophie problemlos in Ungarn absolvieren.“ An diesem Beispiel zeigt sich die potentielle Stärke eines standardisierten Prozesses, wenn alle Netzwerkknoten sich daran halten. Man kann seine lokal erworbenen Kompetenzen zu anderen Orten mitnehmen und dort idealerweise nahtlos weitermachen, ohne sich mit unterschiedlichen Abschlussformen auseinandersetzen zu müssen. Das ist möglich weil es gemeinsame Mindeststandards und Übersetzungsregeln gibt, die Gleichwertigkeit und Verschiedenheit feststellen.

Ein solches Netzwerk ist eine – gemeinsam von den Hochschulen Europas bereitgestellte – Dienstleistung für den Einzelnen, um erstens die Idee des Weltbürgers zu leben, und zweitens die Bürger fit zu machen für eine dynamische Welt, in der Mobilität unumgänglich ist um den gegenwärtigen Anforderungen zu begegnen (wirtschaftlich, aber auch kulturell und politisch). Es ist nicht nötig, das im Einzelnen anzusprechen. Man kann es zum Beispiel in der Bologna-Deklaration von 2000 nachlesen.

National

Lokal, also in Österreich antwortet man auf die europäischen Diskussionen mit einem neuen Universitätsgesetz (UG 2002). Der Staat zieht sich aus dem Alltagsgeschäft der Universitäten zurück und leitet die Ära der „Autonomie“ ein. Das bedeutet, dass von nun an die Universitäten ihre Organisationsstruktur und ihre Studien selbst bestimmen können. Gesetzlich vorgeschrieben ist nur, dass es mindestens die Leitungsrollen, Rektor, Rektorat, Universitätsrat und Senat gibt. Die staatliche Finanzierung erfolgt durch Leistungsvereinbarungen. Bei der Studienarchitektur wird

vorgeschrieben, dass sie an den Bologna-Zielen (Modularisierung, ECTS sowie ein dreigliedriges System Bachelor, Master, PhD) ausgerichtet ist. Für die Organisationsstruktur sind hauptsächlich Universitätsrat und Rektorat verantwortlich. Der Senat, das einzige von den Universitätsmitgliedern gewählte Gremium innerhalb der Geschäftsführung, erfuhr mit dem UG 2002 eine Beschneidung seiner Kompetenzen. Seine wichtigste Kompetenz im operativen Geschäft ist die Genehmigung neuer Studien.

1. Verwerfung globaler Netzwerke

Zwischen Oktober und Dezember 2009 wurde in Wien gegen die „Entdemokratisierung und neoliberale Verwirtschaftlichung der Hochschulen“¹ protestiert. Die Bildungspolitik zwischen 2000 und 2008 wurde nicht als Antwortversuch auf eine neue Situation, sondern als Teil des Problems identifiziert. Der Protest entfachte an der Akademie der bildenden Künste, die als eine der wenigen Institutionen noch nicht völlig auf Bachelor/Master umgestellt hatte. Die Aktion nannte sich „Malen nach Zahlen“, Als der Protest auf die Universität Wien überschlug und der prestigeträchtige Hörsaal, das Auditorium maximum (Audimax) besetzt wurde, entstand ein neuer Name: „Uni brennt“ mit einem markanten Logo.² Die Besetzung dauerte etwa 3 Monate an.

Forderungskataloge wurden erstellt. Man sprach sich gegen Studiengebühren, Zugangsbeschränkungen, Studieneingangsphasen, verschulte Studienpläne, und gegen die Vereinnahmung der marktwirtschaftlichen Logik in allen Lebensbereichen aus. Man forderte eine staatliche Ausfinanzierung der Universitäten, eine Redemokratisierung der universitären Entscheidungsinstanzen und Selbstbestimmtes Studieren. Einer der zentralen Slogans war: „Bildung statt Ausbildung“. Zu Beginn der Weihnachtsferien wurde die Besetzung durch die Polizei aufgehoben. Im Übrigen befanden sich nur noch etwa 5 Protestierende, dafür aber 15 Obdachlose im Hörsaal. Ein Abglanz von dem vollen Hörsaal zu Beginn.

2. Emulation globaler Netzwerke

Ein paar Bemerkungen zu Form und Verlauf des Protests:

Effektiv und Effizient: Die Nachricht, dass „die Uni brennt“ verbreitete sich schnell über Twitter und Facebook. Schon nach wenigen Stunden war der größte Hörsaal der Universität überfüllt, doch diesmal nicht durch eine überbelegte Lehrveranstaltung. Ein Livestream wurde über UStream.tv eingerichtet und schon am nächsten Tag war eine professionelle Web-Präsenz über www.unibrennt.at verfügbar, die verschiedenste Web-2.0-Dienste integrierte.

¹ http://unibrenntbuch.files.wordpress.com/2010/10/unibrenntbuch_13-26_einleitung.pdf, S.22

² Üblicherweise läuft man hinaus, wenn man hört, dass ein Gebäude brennt. In diesem Fall ist das Gegenteil passiert.

Internationale Solidarisierungen: Die Web-Dienste führten zur rasanten Verbreitung von Bildern, Nachrichten und Videos über den Protest. Die klassischen Massenmedien (TV, Zeitung) griffen das Thema schnell auf, doch als diese berichteten, waren die Echtzeit-Kommunikationsmedien wie Twitter schon in Stellung gebracht und verlinkten Bilder vom besetzten Audimax auf die Monitore aller Interessierten. Durch die nahezu automatische Selbstdokumentation des Protests (tägliche Protokolle wurden live während den Besprechungen verfasst) und der Möglichkeit, sich durch die Livestreams von der Stimmung mitreißen zu lassen, kam es an weiteren Universitäten in Österreich und anderen Ländern zu Protesten.

Funktionale Differenzierung: Ein weiteres Charakteristikum war die Organisation der Protestbewegung: Es wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, die für Verpflegung, Presse, Veranstaltungen, Dokumentation etc. zuständig waren.

Zentrale Koordination: Täglich gab es ein Plenum, in der die Arbeitsgruppen über Ergebnisse berichteten. Alle Protestierenden konnten über weitere Aktionen entscheiden.

Event-Kultur: Der besetzte Hörsaal war auch eine attraktive Bühne für Schriftsteller, Musiker, und andere berühmte Persönlichkeiten, die sich mit der Bewegung solidarisierten und die für Unterhaltung und Beiträge zur Bildungssituation in Österreich sorgten.

Eine von vielen: Die Protestbewegung war im Selbstverständnis basisdemokratisch organisiert und weigerte sich eine Vertretung nach außen zu wählen. Man argumentierte, dass die heterogenen Protestierenden es nicht möglich machen würden, dass eine Vertretung für alle spricht. Die rechtlich gesehen etablierte Institution zur Vertretung der Studierenden (die Österreichische Hochschülerschaft) solidarisierte sich, wurde jedoch nicht als Vertretung der Protestbewegung anerkannt. Diese Weigerung, repräsentative Strukturen aufzubauen, erklärt zum Teil, warum es während der Besetzung keine Verhandlungen im klassischen Sinn gab. Falls vom Plenum Personen zu Interviews entsandt wurden, sprachen sie nicht *für* die Bewegung, sondern betonten die Heterogenität der Besetzerinnen.

Die Allgegenwärtigkeit der Protestwolke: Zugleich – und das führt zum Thema Emulation – findet sich folgende Selbstbeschreibung:

„Die Bewegung ist in diesem Sinne so offen und allgegenwärtig - ubiquitous - wie das WWW selbst. Die ‚digital community‘ sorgt so nicht nur für die Allgegenwart des Anliegens „Freie Bildung!“ sondern lebt auch vor, was unter freier Bildung verstanden werden könnte.“

Dieses Zitat halte ich für mindestens so provokant wie die Bologna-Ziele im Kontext der Lissabon-Strategie. Es macht deutlich, dass zusätzlich zur zentralen Verwendung von Web-Applikationen eine Emulation des WWW stattgefunden hat.

Emulation beschreibt in der Informatik die Nachahmung eines Systems auf der Basis

eines anderen Systems. Man kann eine Maschine innerhalb einer Maschine emulieren. Die Programme, die innerhalb der emulierten Maschine laufen, merken in der Regel nichts davon, dass sie emuliert werden.

Was man also auf Basis eines realen politischen Ereignisses getan hat ist die Nachahmung von Netzwerkstrukturen und Netzwerkkommunikation.

Das ist aber noch nicht alles: Diese Nachahmung wird als Vorbild für „Freie Bildung“ angeboten. Sie schätzt ihre Unabhängigkeit von Massenmedien und starrer Repräsentationsstrukturen der Hochschülerschaft und der Universitätsleitung und lobt sich dafür, selbst ihre eigene Geschichte schreiben zu dürfen: „Die ubiquitous unbrennt cloud verwaltet [...] das Erbe der Bewegung selbst. Sie bestimmt federführend mit, wie die Geschichte über unbrennt geschrieben wird.“³

3. Bemächtigung globaler Netzwerke:

Die Frage die sich aufdrängt ist: Was bedeutet die netzwerkartige Form eines Protests und die Nutzung von IT-Dienstleistungen? Handelt es sich um eine kreative Bemächtigung von IT-Services? Und zu welchem Zweck?

Hier setzt eine Kritik an: Die Bewegung spricht aus der Wolke zu uns, ohne sich bewusst zu machen, dass die Gratis-Services von Google Mail, Google Analytics, Ustream.tv, Facebook, Twitter usw. nur möglich sind aufgrund von wissensbasierten Geschäftsmodellen, die unsere Aktivitäten als „Content“ in eine Marktsituation einspannen. Dass sich die Bewegung dessen nicht bewusst ist, wird mit folgendem Zitat deutlich: „Die ‚digital community‘ ist im Stande, viele Menschen zu erreichen, ohne auf die Strukturen der kapitalistischen Medienlandschaft zurückgreifen zu müssen“⁴ Vielleicht liegen die Verhältnisse also umgekehrt und es bemächtigen sich die globalen Netzwerke der protestierenden Personen? Ein Empowerment der Netzwerke also?

Wie dem auch sei: in jedem Fall spießt sich die faktische Verwendung von Dienstleistungen internationaler IT-Konzerne mit der zentralen Forderung nach einer Bildung unabhängig von Ausbildung und Verwertungslogik. Vor allem dann, wenn sie sich selbst als gutes Beispiel einer von Ausbildung losgelösten „freien Bildung“ versteht.

Wenn man die Forderungen liest scheint es, als sollen die gesellschaftlichen Bedingungen radikal umgedreht werden. Doch was zur Verfügung steht um diese Botschaft zu vermitteln, unterliegt genau diesen Bedingungen. Etwas anderes steht nicht zur Verfügung. Man scheint – nolens volens – das Vorhandene aufzugreifen: Denn sowohl die Kritik an Bologna, an dem Universitätsgesetz von 2002 als auch die Verwendung von Cloud Computing war in Wien bereits eminent. Durch die

³Ars Electronica Projektbeschreibung: <http://www.kellerabteil.org/2010/03/worter-mit-zeichen-verwecheln-schafft-nich-x-n-5jahriger-ich-schon/>

⁴Ars Electronica Projektbeschreibung: <http://www.kellerabteil.org/2010/03/worter-mit-zeichen-verwecheln-schafft-nich-x-n-5jahriger-ich-schon/>

Verschaltung beider konnte man Aufmerksamkeit erzeugen.

Was bleibt?

Das bringt mich zum nächsten Punkt. Wurde die Aufmerksamkeit verwendet? Und wenn ja, wie? Was bleibt von der #unibrennt-Bewegung?

Selbst wenn man akzeptiert, dass Protestbewegungen im Allgemeinen keine Opposition im etablierten Sinne sind und nur wenige verhandlungsbereite Personen bereitstellt – muss man sagen dass sich üblicherweise nach Verblässen der großen Emotionen ein harter Kern von Protestierenden etabliert, der sich in den Bereich der Gremien wagt. Dort thematisieren sie die wichtigsten Anliegen des Protests, stehen Rede und Antwort in langen Verhandlungsprozessen bis sich etwas ändert.

Bei der #unibrennt-Bewegung ist das meines Wissens nicht geschehen. Oder, um fair zu bleiben: Anders geschehen. Einige, die man den „harten Kern“ nennen könnte, bewarben den Einsatz der digitalen Medien für Proteste. Es wird von #unibrennt als „ubiquitous cloud“ gesprochen. So hat man sich bei Ars Electronica 2010 beworben, ein Festival für Kunst, Technik und gesellschaftliche Fragestellungen. Das Ergebnis war ein Ehrenpreis in der Kategorie 'digital communities'.⁵ Weiters wurde ein Buch und eine Dokumentation über die Protestbewegung veröffentlicht. Das Buch ist sowohl als gratis PDF als auch in Buchform erhältlich ist und enthält Beiträge von Lehrenden und Studierenden.

Doch welche hochschulpolitische Wirkung hatten die Proteste? Gab es nachhaltige, lokale Verbesserungen? Mir sind keine bekannt. Die Forderungskataloge waren pro Universität bis zu 10 Seiten lang. In Verhandlungen trat man als „eine von vielen“ auf und verweigerte Versuche, einen Kompromiss zu finden. Die Hochschülerschaft, die gewählte Vertretung für Studierende, hat es auch nicht geschafft, den Druck und die Aufmerksamkeit für Reformen zu nutzen.

Andererseits: Wohin geht man, wenn man unzufrieden ist mit den Zielen von Bologna oder den Entscheidungsprozessen? Man wird förmlich gezwungen, über Proteste Aufmerksamkeit zu erzeugen und einen unbehandelten Konflikt zu thematisieren. Die Ministerkonferenz 2010 in Wien und Budapest reagierte darauf. Im Bericht führt man die Proteste zurück auf eine stellenweise mangelhafte Implementierung der Bologna-Ziele und eine schlechte Kommunikation.⁶ Doch hat man das Aufkommen des Konflikts ernst genommen, wenn man die Probleme nur auf Implementierung und Kommunikation schiebt?

Das bringt mich zum Abschluss meines Vortrags, der schon in die Diskussion überleitet: Was bedeuten die Proteste für die Entwicklung eines gemeinsamen

⁵Ars Electronica Projektbeschreibung: <http://www.kellerabteil.org/2010/04/sozi-1610-the-ubiquitous-unibrennt-cloud/>

⁶http://www.bmbf.de/pubRD/budapest_vienna_declaration.pdf

Hochschulraums?

Ein aus meiner Sicht zentrales Problem ist der Konflikt zwischen Unabhängigkeit und Nützlichkeit von Universitäten. Auf der einen Seite soll eine Hochschule relativ unabhängig sein von marktwirtschaftlichen und anderen gesellschaftlichen Interessen. Das ist historisch bedingt und kann auch argumentiert werden. Auf der anderen Seite ist Universität Teil der Gesellschaft und ermöglicht die Ausbildung von Fähigkeiten, die nötig sind, um sich in einer komplexen Gesellschaft zu orientieren. Als Arbeitnehmerin, als Unternehmerin, aber auch kulturell und politisch. Die Spannung zwischen der Autonomie der Hochschulen und den Interessen der Gesellschaft ist von der Klasse jener Probleme, die nicht global oder generell entschieden werden können. Was an der Universität Wien gefehlt hat und noch immer fehlt ist das Empowerment der mittleren Ebene. Damit meine ich eine Ebene zwischen europäischer Top-Down-Perspektive und individueller Perspektiven. Es gibt zwischen den allgemeinen Bologna-Zielen und den individuellen Interessen von Studierenden und Lehrenden keine lebendige Entscheidungsebene (und hier meine ich keine Beratungsgremien oder Debattierclubs). Der Staat, der früher diese Rolle übernommen hat, hat sich zurückgezogen. Die Universitäten stehen alleine da in einer Konkurrenzsituation, als „autonome“ Netzwerkknoten, „alone together“.⁷ Eine Etablierung der mittleren Ebene in und zwischen Universitäten könnte einen Puffer bilden zwischen der Härte und Abstraktheit internationaler Vorgaben und lokaler Interessen.

⁷So auch der Titel eines Buches von Sherry Turkle, die die Auswirkungen von Technologie und Robotik auf unser Leben untersucht.